

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	17
-----------------------------	----

### Einleitung

A. Gegenstand der Untersuchung .....	23
I. Untersuchungsgegenstand in persönlicher Hinsicht.....	23
1. Hauptschuldner.....	23
2. Gesamtschuldner und Bürgen .....	24
II. Untersuchungsgegenstand in sachlicher Hinsicht .....	25
B. Ziel der Untersuchung und Vorgehensweise .....	27

### Erster Teil: Modelle zum Schutz von Privatpersonen vor finanzieller Überlastung

A. Besondere Regelungen zum Schutz von Privatpersonen vor finanzieller Überlastung .....	29
I. Das Verbraucherkreditgesetz .....	29
1. Der Schutzzweck des VerbrKrG und seine Bedeutung für die vorliegende Untersuchung .....	30
a) Schaffung von Voraussetzungen für eine interessengerechte Vertragsentschließung durch Schriftformerfordernis und Widerrufsmöglichkeiten .....	30
b) Schutz vor unangemessenen Vertragsbedingungen durch Zulassung des Einwendungs durchgriffs .....	32
c) Schutz vor finanzieller Überlastung durch zwingende Verzugs- und Fälligstellungsregelungen.....	33
2. Die Reichweite des durch das VerbrKrG gewährleisteten Schutzes vor finanzieller Überlastung.....	35
a) Geschützter Personenkreis .....	35
b) Vorschriften zur Sicherung einer interessengerechten Vertragsentschließung .....	38
aa) Das Schriftformerfordernis .....	38
bb) Das Widerrufsrecht .....	39
c) Verzugs- und Tilgungsverrechnungsregelungen zum Schutz vor finanzieller Überlastung .....	40
d) Zusammenfassung .....	41

<b>II. Das Verbraucherinsolvenzverfahren .....</b>	<b>41</b>
1. Der in den Vorschriften über das Verbraucherinsolvenzverfahren verwirklichte Schutz vor finanzieller Überlastung.....	42
a) Die Einigungs- und das Verbraucherinsolvenzverfahren .....	42
b) Die Restschuldbefreiung.....	44
c) Zusammenfassung des Schutzzwecks der Verbraucherinsolvenz .....	46
2. Die Reichweite des durch die InsO gewährleisten Schutzes vor finanzieller Überlastung.....	47
a) Das gerichtliche und das außergerichtliche Einigungsverfahren .....	47
b) Die Restschuldbefreiung.....	48
aa) Das Problem der Massearmut und der Bezahlung des Treuhänders.....	48
bb) Die Einschränkungen der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit während der Wohlverhaltensphase .....	50
cc) Familienangehörige Mitschuldner und Bürgen.....	51
3. Zusammenfassung .....	53
<b>III. Die Pfändungsschutzvorschriften der ZPO .....</b>	<b>53</b>
1. Der durch Vollstreckungsschutzbestimmungen verwirklichte Schutz vor finanzieller Überlastung .....	54
2. Die Reichweite des Schutzes durch Vollstreckungsschutzbestimmungen .....	55
<b>IV. Zusammenfassung .....</b>	<b>57</b>
<b>B. Schutz vor finanzieller Überlastung durch Regelungen des allgemeinen Zivilrechts .....</b>	<b>57</b>
I. § 310 BGB .....	57
1. Die Ansicht des OLG Stuttgart.....	58
2. Die Untauglichkeit des § 310 BGB als Schuldnerschutzinstrument .....	58
II. Wegfall der Geschäftsgrundlage .....	60
1. Vorgeschlagene Lösungsansätze .....	60
a) Rechtsprechung.....	60
b) Literatur .....	62
2. Der Wegfall der Geschäftsgrundlage als geeignetes Instrument zum Schutz vor finanzieller Überlastung? .....	63
a) Anwendungsbereich der Lehre von Geschäftsgrundlage allgemein.....	63
b) Konsequenzen für die Überschuldungsproblematik .....	64
aa) Schutz vor Überschuldung durch die Anwendung der Lehre von der Geschäftsgrundlage.....	64
bb) Nicht vom Schutzbereich erfaßte Überschuldungsfälle .....	67

<b>3. Zusammenfassung .....</b>	<b>69</b>
<b>III. Vorvertragliche Aufklärungspflichten .....</b>	<b>69</b>
1. Vorgeschlagene Lösungsansätze .....	70
a) Rechtsprechung.....	70
b) Literatur .....	72
2. Die Statuierung von Aufklärungspflichten als geeignetes In- strument zum Schutz vor finanzieller Überlastung ? .....	74
a) Anwendungsbereich der Aufklärungspflichten im Hinblick auf die finanzielle Überlastung.....	75
b) Sachgerechter Schutz durch die in der Literatur vorge- schlagenen Lösungen ? .....	75
c) Zusammenfassung .....	77
<b>IV. § 138 I BGB .....</b>	<b>77</b>
1. Vorgeschlagene Lösungsansätze .....	78
a) Die Rechtsprechung .....	78
aa) Hauptschuldner .....	78
bb) Mitschuldner / Bürgen.....	80
aaa) Frühere Rechtsprechung des III. und IX. Senats des BGH .....	80
bbb)Frühere Rechtsprechung des XI. Senat des BGH .....	82
ccc) Die vom BVerfG aufgestellten Grundsätze.....	84
ddd)Die neuere Rechtsprechung des IX. Senats des BGH.....	87
eee) Die neuere Rechtsprechung des XI. Senats .....	90
b) Die Literatur.....	91
aa) Grundsätzliche Kritik an der Anwendung des § 138 I BGB.....	91
bb) Vorschläge zur Anwendung des § 138 I BGB .....	92
2. § 138 I BGB als Instrument zum Schutz vor Überlastung des Schuldners ? .....	98
a) Anwendungsbereich des § 138 I BGB.....	99
b) Die Sittenwidrigkeit unerfüllbarer Verbindlichkeiten .....	100
aa) Der Sittenwidrigkeitscharakter der finanziellen Über- lastung .....	100
aaa) Wertungen des allgemeinen Zivilrechts .....	100
bbb)Wertungen der ZPO .....	101
ccc) Wertungen des Grundgesetzes.....	101
ddd)Zwischenergebnis .....	103
bb) Die Sittenwidrigkeit bei hinzutretender Ungleich- gewichtslage.....	104
cc) Zusammenfassung des Anwendungsbereichs .....	105

c) Konkretisierungen der Ungleichgewichte durch Rechtsprechung und Literatur .....	105
aa) Konkretisierungen in der Rechtsprechung .....	106
bb) Konkretisierungen in der Literatur .....	108
aaa) Verharmlosung des Haftungsrisikos.....	109
bbb) Geschäftsunerfahrenheit .....	109
ccc) Zwangslage des Mithaftenden durch emotionale Bindung zum Hauptschuldner .....	111
d) Zusammenfassung .....	111
C. Zusammenfassung des ersten Teils.....	112

## Zweiter Teil: Ungleichgewichte zwischen den Vertragsparteien

A. Die Vertragsfreiheit als Grundprinzip des Zivilrechts .....	115
I. Vertragsfreiheit aus rechtlicher Sicht .....	116
II. Die Vertragsfreiheit aus ökonomischer Sicht.....	116
1. Ökonomische Funktion von Verträgen .....	117
a) Kreditverträge allgemein .....	118
b) Mitverpflichtungen und Bürgschaften .....	119
2. Die Ordnungsfunktion der Vertragsfreiheit.....	120
3. Die Unterstützung der Ordnungsfunktion durch das Vertragsrecht .....	122
III. Die Voraussetzungen für die Richtigkeitsgewähr .....	123
1. Der rational-egoistische Mensch .....	123
2. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung .....	124
B. Eingriffe in Verträge .....	126
I. Beschränkungen von Eingriffen in Vertragsverhältnisse .....	126
1. Achtung der Selbstbestimmung.....	126
2. Das Prinzip der Selbstverantwortung .....	127
II. Eingriffe in Verträge bei Ungleichgewichtslagen .....	131
1. Marktversagen aufgrund von Marktmacht .....	133
2. Fehlende Selbstbestimmung durch unzureichende Information.....	135
a) Gesetzlich berücksichtigte Informationsdefizite .....	136
aa) Das AGBG .....	136
aaa) Systematische Benachteiligung des Vertragspartners eines Verwenders von AGB.....	136
bbb)Informationelles Ungleichgewicht.....	137
ccc) Antiselektiver Wettbewerb.....	139
ddd)Reichweite der Vertragskorrekturen.....	139
bb) VerbrKrG .....	140

<b>b) Richterrechtlich anerkannte Informationsdefizite durch die Statuierung vorvertraglicher Aufklärungspflichten .....</b>	<b>141</b>
aa) Aufklärungspflichten als Mittel zur Sicherung von Selbstbestimmung .....	142
bb) Vertrauensschutz trotz fehlender Typisierbarkeit .....	143
aaa) Die Grundlagen der Informationsökonomie .....	144
bbb)Voraussetzungen von Aufklärungspflichten aus ökonomischer Sicht .....	144
(1) Informationsasymmetrie .....	144
(2) Produktivität von Informationen.....	145
(3) Vertrauensprämie .....	145
(4) Zufallsinformationen.....	146
c) Zwischenergebnis .....	147
<b>3. Fehlende Selbstbestimmung aufgrund von äußeren Zwängen .....</b>	<b>147</b>
a) Gesetzlich berücksichtigte Zwangslagen.....	148
b) Richterrechtlich berücksichtigte Zwangslagen .....	149
aa) Wirtschaftliche Übermacht von Anbietern lebenswichtiger Güter.....	150
bb) Wucherähnliche Kreditverträge aufgrund überhöhter Zinsen .....	150
c) Zwischenergebnis .....	153
<b>4. Bildung inkonsistenter Präferenzen aufgrund unzureichender Informationsverarbeitung .....</b>	<b>154</b>
a) Die besondere Gefahr unvernünftigen Verhaltens von privaten Kreditschuldner und Bürgen aufgrund von Kurzsichtigkeit.....	156
b) In der Rechtsordnung vorgesehene Eingriffsmöglichkeiten.....	159
aa) Gesetzlich vorgesehene Eingriffsmöglichkeiten .....	159
bb) Fallgruppen in der Rechtsprechung.....	160
aaa) Den subjektiven Interessen nicht entsprechende Verträge .....	161
bbb)Wucherähnliche Kreditverträge.....	162
c) Voraussetzungen für Vertragskorrekturen .....	164
d) Überprüfung aus ökonomischer Sichtweise .....	167
e) Zusammenfassung .....	168
<b>5. Das strukturelle Ungleichgewicht nach dem Bundesverfassungsgericht .....</b>	<b>169</b>
a) Die Reaktionen in der Literatur .....	169
aa) Kritische Meinungen.....	169
bb) Zustimmende Meinungen.....	171

b) Das strukturelle Ungleichgewicht.....	173
aa) Verfassungsrechtliche Vorgaben für Eingriffe in Verträge.....	174
aaa) Verfassungsrechtliche Einordnung des Begriffs vom strukturellen Ungleichgewicht.....	174
bbb) Strukturelles Ungleichgewicht als Oberbegriff für mögliche Imperatitäten .....	176
bb) Die Ungleichgewichte in den einzelnen Entscheidungen .....	177
aaa) Handelsvertreterentscheidung.....	177
bbb) Erste Bürgenentscheidung .....	178
ccc) Zweite Bürgenentscheidung .....	179
c) Zusammenfassung .....	180
C. Zusammenfassung des zweiten Teils.....	181

### **Dritter Teil: Schuldnerschutz durch Reaktion auf Ungleichgewichte**

A. Aufklärungspflichten .....	183
I. Aufklärung des Hauptschuldners .....	184
II. Die Aufklärung des Mithaltenden .....	186
1. Aufklärung über das Haftungsrisiko .....	186
a) Keine Aufklärung über finanzielle Situation des Hauptschuldners .....	187
b) Aufklärung über Inhalt und Umfang der gesicherten Verbindlichkeit .....	189
2. Aufklärung über die Folgen des Haftungseintritts .....	192
3. Täuschung über Haftungsrisiko.....	194
4. Kollision mit dem Bankgeheimnis?.....	194
III. Rechtsfolgen .....	195
IV. Zusammenfassung .....	197
B. § 138 I BGB .....	198
I. Hauptschuldner.....	199
II. Mithaltende .....	202
1. Sittenwidrigkeit bei aussichtsloser Lage .....	203
a) Praktisch sicherer Eintritt des Haftungsfalls.....	203
b) Hoffnungslose finanzielle Überforderung .....	204
2. Keine Sittenwidrigkeit bei eigenem wirtschaftlichen Interesse des Mithaltendem an dem Hauptkredit .....	206
a) Ehe- oder Lebenspartner .....	207
b) Volljährige Kinder .....	208

3. Weitere Kriterien zur Bestimmung der Sittenwidrigkeit.....	209
a) Risiko und Umfang der Haftung.....	211
b) Beziehung zum Hauptschuldner .....	211
aa) Mithaltende Ehepartner .....	213
bb) Mithaltende Kinder .....	214
c) Durch Verhalten des Gläubigers verursachte Bedrängnis .....	215
d) Komplexität des Sachverhalts.....	217
III. Zusammenfassung .....	218

## **Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse**

A. Modelle zum Schutz von Privatpersonen vor finanzieller Überlastung .....	221
B. Ungleichgewichte zwischen den Vertragsparteien .....	223
C. Schuldnerschutz durch Reaktion auf Ungleichgewichte .....	225
Literaturverzeichnis.....	227